

Ansprache KHL zum Tag der DG am 18/11/22 in Kelmis

Werte Festversammlung,

Ist ein Empfang zum Tag der DG noch zeitgemäß und angebracht?

Feiert sich da etwa eine Elite selbst und betet bei Wein, Bier und Häppchen den Götzen Autonomie an?

Selbstverständlich darf man diese Frage stellen.

Und die Gastgeber sind der Öffentlichkeit eine Antwort schuldig.

Nicht nur, aber auch weil es um Steuergelder geht, mit denen immer und insbesondere in Krisenzeiten sorgsam umzugehen ist.

Haben die Empfänge zum Tag der DG in Brüssel und Ostbelgien noch eine Daseinsberechtigung?

Meine Antwort lautet ohne Wenn und Aber: ja.

Wer zu diesen Veranstaltungen eingeladen wird, steht zur DG in einem besonderen Verhältnis, gehört zu den Akteuren der Autonomiegestaltung und verdient eine Geste des Dankes.

Deshalb danke ich Ihnen allen recht herzlich dafür, dass Sie heute Abend unserer Einladung Folge geleistet haben und nach Kelmis gekommen sind.

Sie brauchen sich nicht zu verstecken oder gar zu schämen!

Im Gegenteil!

Sie setzen sich beruflich oder ehrenamtlich für Ostbelgien ein und erfüllen die Autonomie mit Leben.

Sie sind vor Ort in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen tätig oder wirken von außen auf das Geschehen in unserer Gemeinschaft ein.

Sie zeigen tagtäglich durch Ihren konkreten Einsatz, welch großes Potenzial zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen unserer Heimat dank der Autonomie erschlossen und zum Erblühen gebracht werden kann.

Dafür verdienen Sie zu Recht Dank und Anerkennung.

Genauso wie noch viele andere, die heute nicht hier sind oder wegen der begrenzten Möglichkeiten nicht eingeladen werden konnten.

Ebenso wie die Veranstaltung vom 15. November in Brüssel, bietet der heutige Abend darüber hinaus die willkommene Gelegenheit, untereinander auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und Netzwerke zu pflegen, dank derer Synergien entstehen, die für die Wirksamkeit unseres Handelns von erheblicher Bedeutung sind.

Und dies nicht erst seit heute!

Seit Beginn unserer Gemeinschaftsautonomie, die im kommenden Jahr 50 Jahre alt wird, haben das Engagement der Verantwortlichen und Mitarbeiter in Politik und Gesellschaft sowie ihre Vernetzung nach innen und außen wesentlich dazu beigetragen, dass Herausforderungen erfolgreich bewältigt und ein beachtliches Spektrum an Dienstleistungen aufgebaut wurden.

Darauf können und sollten wir stolz sein.

Und das sollten wir uns von niemandem madig machen oder kaputt reden lassen.

Selbstverständlich läuft auch in Ostbelgien nicht alles perfekt. Auch hierzulande geschehen Fehler.

Vieles kann noch besser gemacht werden und es besteht in zahlreichen Bereichen manchmal sogar ein dringender Handlungsbedarf.

Und dieser wird durch die zahlreichen miteinander verwobenen Krisen unserer Zeit nicht kleiner.

Für das Parlament ist das anstehende Jubiläum ein willkommener Anlass, im Dialog mit den örtlichen Behörden, der organisierten Zivilgesellschaft und der gesamten Bevölkerung – unter anderem im Rahmen der Runde Ort schaf(f)t Ostbelgien – Bilanz zu ziehen, die bisherige Arbeit kritisch auszuwerten und perspektivisch in die Zukunft zu blicken.

Dies geschieht – wenn Sie mir diesen sportlichen Vergleich erlauben – in Form eines Dreisprungs.

In einem ersten Sprung sollen die wichtigsten Verwirklichungen seit Einsetzung des damaligen RDKs identifiziert werden.

Der zweite Sprung ist der kritischen Bewertung dieser Verwirklichungen gewidmet. Was war erfolgreich?

Was hat weniger gut oder gar nicht geklappt?

Wo besteht Verbesserungsbedarf?

Beim dritten Sprung geht es um die zukünftigen Prioritäten und Projekte.

Ich weiß nicht, ob bei diesem Dreisprung ein Weltrekord herauskommen wird.

Dies ist übrigens nicht das angestrebte Ziel.

Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, dass alles, was wir im Rahmen unserer Autonomie selbst machen, automatisch besser ist.

Auch wir Deutschsprachigen können uns irren und Fehler begehen.

Ich gehöre allerdings zu jenen, die in der Autonomie eine einmalige und gewaltige Chance sehen, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, maßgeschneiderte Instrumente zu schaffen und passgenaue Problemlösungen zu erarbeiten.

Dies ist ein entscheidender Vorteil unserer Kleingliedstaatlichkeit, den wir nicht hoch genug bewerten können und der noch dadurch aufgewertet wird, dass die überschaubare Größe Ostbelgiens einzigartige Möglichkeiten bietet, die betroffenen Einrichtungen und Akteure direkt und unmittelbar an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Dies lässt sich an zahlreichen Beispielen dokumentieren.

Als ganz aktuelles Beispiel möchte ich die Novelle zum Raumordnungsgesetzbuch nennen, die kommenden Montag vom Parlament verabschiedet werden soll.

Ich kenne keine andere Region in Europa, wo alle Gemeinden, aber auch alle Architekten, Notare und Landmesser die Möglichkeit hatten, sich unmittelbar und sogar gleich zwei Mal an der Ausarbeitung eines Raumordnungsgesetzes zu beteiligen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in den vergangenen 50 Jahren haben wir uns bei der Gestaltung unserer Autonomie immer wieder von den Erfahrungen anderer Regionen und Gebietskörperschaften in Belgien und anderswo in Europa inspirieren lassen.

Auch dies ist wichtig und richtig, funktioniert aber nur, wenn wir im Rahmen unserer Außenbeziehungen die entsprechenden Kontakte knüpfen und pflegen.

Auch dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Besonders aussagekräftig erscheint mir in diesem Zusammenhang die VSZ, die vor einigen Wochen ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert hat.

Diese wichtige Einrichtung, in der jährlich rund 5000 Beratungen stattfinden, wäre ohne die Zusammenarbeit mit NRW und der EU-Kommission niemals in der Form zustande gekommen, wie wir sie nun schon drei Jahrzehnte als Erfolgsmodell kennen.

Und Ähnliches ließe sich ebenfalls über die Existenzgründungs- und -sicherungsinitiative der ostbelgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft berichten.

Zusammenarbeit spielt in vielfacher Weise bei der Autonomiegestaltung eine wichtige und oftmals sogar eine entscheidende Rolle.

Autonom sein bedeutet keineswegs, immer alles selbst in Eigenregie zu erledigen.

Ganz im Gegenteil!

Oft erweist sich Kooperation – insbesondere, aber nicht nur für kleinere Regionen wegen der fehlenden Skaleneffekte – als die effizientere und darüber hinaus auch noch kostengünstigere Alternative.

Auch dafür lassen sich aus der 50-jährigen Geschichte unserer Gemeinschaft zahlreiche Beispiele zitieren: von Kultur und Sport über Schule und Bildung bis hin zur Sozialpolitik und Raumgestaltung.

Sprach- und Staatsgrenzen überschreitende Zusammenarbeit spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie die Zusammenarbeit zwischen der DG und den 9 Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

All dies und noch vieles andere mehr haben dazu beigetragen, dass im Laufe des letzten halben Jahrhunderts ein spezifisches, mit zahlreichen Alleinstellungsmerkmalen versehenes ostbelgisches Demokratiemodell entstanden ist.

Diese Modell zeichnet sich insbesondere durch große Realitätsnähe und kurze Entscheidungswege aus.

Es setzt auf Zusammenarbeit in all ihren Dimensionen.

Es setzt außerdem auf flächendeckende Lösungsansätze und klar umrissene Prioritäten.

Es hat die konkrete und spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen der ostbelgischen Bevölkerung zum Ziel und führt wenn nötig und möglich zum massiven Einsatz finanzieller Mittel.

Auch hierzu fallen mir viele Beispiele ein:

die Schulmediotheken, die Schulabgängervermittlung, die häusliche Pflege, die Schul-, Kultur- und Sportinfrastruktur, die Wohn- und Pflegezentren, der Glasfaserausbau, die Verbesserung der Energieeffizienz im privaten und öffentlichen Wohnungsbau, die bedeutenden Hilfen zur Bewältigung der Coronapandemie und der Flutkatastrophe des vergangenen Jahres.

Und diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Ähnliches könnte ich mir übrigens für die Behebung des nicht nur hierzulande bestehenden Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels vorstellen.

Zusätzlich und parallel zu den zahlreichen Bemühungen in diesem Bereich erscheint es mir sinnvoll und notwendig, einen Gang höher zu schalten und in enger Zusammenarbeit zwischen Privatsektor und öffentlicher Hand sowie auf der Grundlage einer detaillierten Bedarfsanalyse eine gezielte Anwerbungsinitiative zu starten.

Wenn mehrere Tausend Ostbelgierinnen und Ostbelgier mit ihren Fähigkeiten und Talenten eine berufliche Zukunft im Inneren Belgiens, in Europa oder anderswo in der Welt gefunden haben, dann muss es doch möglich sein, einige Hundert von den 8 Milliarden Bewohnern unserer Erde dafür zu motivieren, sich in Ostbelgien niederzulassen und beruflich tätig zu werden!

Nach mehrjähriger Vorbereitung haben wir im Februar 2019 das ostbelgische Demokratiemodell um eine neue Dimension erweitert.

Der ständige Bürgerdialog hat mittlerweile volle Fahrt aufgenommen und insgesamt vier Themen abgearbeitet.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Altenpflege, zur schulischen Inklusion, zum bezahlbaren Wohnraum und zu den Herausforderungen der Digitalisierung verleihen der politischen Diskussion in Ostbelgien eine zusätzliche Dimension und belegen in beeindruckender Weise den Mehrwert dieser Initiative.

Der Dialog zwischen den Politikern aus Parlament und Regierung einerseits und den Mitgliedern der Bürgerversammlungen und des Bürgerrates andererseits hat sich eindeutig als Bereicherung erwiesen. Er sollte konsequent fortgesetzt, vertieft und – da wo nötig - verbessert werden.

Außerdem scheint es mir notwendig und angebracht, die ostbelgische Bevölkerung noch besser über das Potenzial des Bürgerdialogs zu informieren und für eine aktive Teilnahme zu motivieren.

Das Urteil der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fällt eindeutig aus: Die Teilnahme am Bürgerdialog war interessant und hat sich gelohnt!

Werte Festversammlung,

unsere Gemeinschaftsautonomie findet nicht im luftleeren Raum statt.

Sie ordnet sich in das belgische Bundesstaatsmodell ein, dessen Rahmenbedingungen wir Deutschsprachige als Minderheit in unserem Lande kaum beeinflussen können.

Dieses Modell ist sicherlich noch nicht am Ende seiner Entwicklung angelangt.

Es wird ohne jeden Zweifel in den kommenden Jahren weitere Veränderungen erfahren.

Diese sind auch für uns von allergrößter Bedeutung.

Wir müssen diese Entwicklungen antizipieren und aufpassen, dass wir bei zukünftigen Staatsreformen nicht vergessen, danebengesetzt oder in eine unerwünschte Ecke gedrängt werden.

Vor allem ist es wichtig, dass wir genau wissen, was wir erreichen wollen, und dies möglichst mit einer Stimme in zukünftige Verhandlungen einfließen lassen.

Letzteres gilt übrigens nicht nur für Verhandlungen auf föderaler Ebene, sondern auch für die weitere Anwendung von Artikel 139 der Verfassung, der die Möglichkeit zur Übertragung regionaler Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die DG vorsieht und seit 1994 mehrfach zum Tragen gekommen ist.

Wir haben in den vergangenen 50 Jahren gelernt, unsere Interessen und Anliegen bei solchen Verhandlungen erfolgreich durchzusetzen.

Wir haben eine klare Vorstellung über unsere zukünftige Stellung im belgischen Bundesstaat.

Wie wir mit großer Mehrheit 2011 und 2019 in Parlamentsbeschlüssen festgehalten haben, sind wir bereit, gewillt und in der Lage, mit angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten auszuüben, die den belgischen Gliedstaaten übertragen wurden oder in Zukunft übertragen werden.

An dieser Positionierung sollten wir unbeirrt festhalten.

Sie sichert unsere institutionelle Überlebensfähigkeit langfristig ab, festigt unsere Stellung als gleichberechtigter Bestandteil des belgischen Bundesstaates und verhindert, dass unsere Autonomie inhaltlich nach und nach ausgehöhlt und in ihren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt wird.

Zur Absicherung der Zukunftstüchtigkeit unserer Gemeinschaft gehört auch, dass wir uns intensiv mit der Zukunftsgestaltung beschäftigen.

Dies haben wir seit 2009 systematisch mit dem REK, dem Regionalen Entwicklungskonzept und seinen 3 Umsetzungsprogrammen getan.

Dies geschieht zur Zeit erneut bei den Vorbereitungen zum kommenden Entwicklungsprogramm „Ostbelgien leben 2040“, das eine Entwicklungs- und Raumperspektive beinhalten soll.

In Zeiten ständigen und beschleunigten Wandels ist es besonders wichtig, aber auch schwierig, Zukunftsperspektiven auszuarbeiten oder - wie man es auf Englisch nennt – „forsight“ zu betreiben.

Dabei geht es übrigens nicht darum, die Zukunft vorherzusagen.

Diese Übung sollten man den Astrologen und Kartenlegern überlassen!

Es geht in Wirklichkeit darum, auf der Grundlage gründlicher und wissenschaftsgestützter Untersuchungen Prognosen zu erstellen und Handlungsalternativen zu formulieren.

Das ist eine komplexe und arbeitsintensive Tätigkeit, welche die Möglichkeiten der DG sicherlich übersteigt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass wir untätig bleiben müssen.

Auch in diesem Bereich ist Zusammenarbeit angesagt.

In Kooperation mit Partnerregionen und wissenschaftlichen Forschungszentren aus ganz Europa können wir bei gleichzeitiger Bündelung unserer hiesigen Anstrengungen im Bereich der Statistik und sonstiger Untersuchungen die Dualität der Entscheidungsgrundlagen in Regierung und Parlament noch bedeutend verbessern.

Wenn wir uns den Herausforderung der Zukunft erfolgreich stellen wollen, müssen wir uns ständig in Frage stellen, weiterentwickeln und verbessern.

Stillstand und Selbstzufriedenheit führen unweigerlich zu Rückschritt und Verkalkung.

Nach 50 Jahren Gemeinschaftsautonomie gilt es heute mehr denn je, durch die Brille der Vergangenheit in die Zukunft zu schauen, die vor uns liegenden Aufgaben resolut anzupacken und uns gründlich auf die Herausforderungen von morgen und übermorgen vorzubereiten.

Dabei sollten wir eine Aussage des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willi Brandt beherzigen, die im 2009 erschienenen 1. Band des aktuellen REKs zitiert wird:

„Die beste Art die Zukunft vorherzusagen, besteht darin, sie zu gestalten.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!